

Liebe Freunde,

in der letzten Woche hat die Bundesregierung einen härteren Kurs gegen Gefährder angekündigt. Es ist höchst erfreulich, dass damit sehr schnell erste Forderungen aus der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon Anfang dieses Jahres sowie an unseren zahlreichen Neujahrsempfängen in der Region Landshut-Kelheim umgesetzt werden.

Die Abschiebehaft für Gefährder wird dadurch erleichtert, dass ein neuer Haftgrund für diejenigen eingeführt wird, von denen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit Deutschlands ausgeht. Künftig können sie darüber hinaus auch dann länger in Haft bleiben, wenn die Herkunftsländer die Ausstellung von Passersatzpapieren verweigern. Die Möglichkeiten zur Verhängung der elektronischen Fußfessel werden erheblich ausgeweitet. Eine Residenzpflicht gilt künftig für diejenigen, die über ihre Identität täuschen. Wer sich nicht daran hält, macht sich strafbar.

Alle diese Maßnahmen sind dringend notwendig. Ich begrüße nachdrücklich, dass sich die SPD hier auf die Union zubewegt hat und jetzt Maßnahmen mitträgt, die sie teils über Jahre verhindert hat. Allerdings bleibt die SPD aufgefordert, ihren anhaltenden Widerstand gegen weitere wichtige Maßnahmen endlich aufzugeben – wie die Wiedereinführung der Strafbarkeit der Sympathiewerbung für Terrororganisationen oder den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Extremisten mit Doppelpass, die sich für den bewaffneten Kampf ausbilden lassen oder für eine Terrororganisation kämpfen. Wir schulden unseren Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Schutz vor Terror. Da dürfen wir nicht locker lassen!




Florian Oßner MdB



Innere Sicherheit

Gegen den Terror: „Die freie Gesellschaft ist nicht ohnmächtig“

[> S. 2](#)



Entwicklung der ländlichen Räume

Ländliche Regionen stärken

[> S. 4](#)



Arbeitsprogramm 2017

„Die Europäische Union ist keine Bedrohung“

[> S. 5](#)

Weitere Themen

Kommentar zum Bericht des Wehrbeauftragten

Wir investieren massiv in unsere Sicherheit

[> S. 6](#)

Verschiedenes

Termine der Woche

[> S. 7](#)

Folgen Sie uns:



Innere Sicherheit

Gegen den Terror: „Die freie Gesellschaft ist nicht ohnmächtig“



© picture alliance/dpa

Fünf Tage vor Heiligabend wird Deutschland Ziel eines furchtbaren Anschlags. Auf dem Breitscheidplatz in Berlin rast ein Terrorist mit einem LKW auf den Weihnachtsmarkt – zwölf Menschen sterben, es gibt dutzende Verletzte. In dieser Woche gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer und diskutierte Maßnahmen für mehr Sicherheit.

„Der Schmerz der Hinterbliebenen ist unermesslich, allenfalls können wir ihn erahnen, aber wir teilen die tiefe Trauer“, machte Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Beginn der Plenarsitzung deutlich. Terror zielt darauf ab, so Lammert, demokratische Gesellschaften zu erschüttern, zu lähmen, zu destabilisieren. „Dieses Ziel haben die Terroristen in Deutschland nicht erreicht.“ Die Bevölkerung reagierte mit bemerkenswerter Besonnenheit auf den Terror. Sie demonstrierte damit eindrücklich, sich ihr Leben nicht von Drohungen und nicht von Angst diktieren lassen zu wollen.

Sicherheitsstruktur in unserem Land überdenken

Lammert betonte, dass die Bürger vom Staat zu Recht erwarteten, dass er sie schütze, dass er Vorsorge treffe gegen mögliche Gefahren. Deshalb habe er seine Handlungsfähigkeit auch und gerade unter der islamistischen Terror-Gefahr zu beweisen. Im Fall Amri bleiben nach dem verheerenden Attentat vom Breitscheidplatz drängende Fragen, auf die es noch keine abschließenden Antworten gibt. „Die Erkenntnisse über den Täter, der, obwohl als Gefährder eingestuft, den zuständigen Behörden bekannt, mit zahlreichen falschen Identitäten ausgestattet, ungehindert zuschlagen konnte, zwingen uns, die Sicherheitsarchitektur in unserem Land zu überdenken“, so Lammert.



„Es geht darum, Fehler bei allen Behörden sowie Vollzugsdefizite und gesetzgeberische Defizite rückhaltlos und nachdrücklich aufzudecken“, machte zuvor auch der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer, in einer Aktuellen Stunde deutlich. In der von CDU/CSU und SPD beantragten Debatte diskutierten die Abgeordneten bereits am Mittwoch über Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. Mayer lobte den vom Bundesinnenminister und Bundesjustizminister gemeinsam vorgelegten Zehn-Punkte-Plan. Er unterstrich jedoch: „Kein einziger dieser Punkte ist neu. Kein einziger dieser Punkte ist erst nach dem Anschlag vom 19. Dezember auf das Tableau gekommen.“

Fertige Gesetzentwürfe liegen auf dem Tisch

Der Vorwurf, den Anschlag für eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze zu instrumentalisieren, sei deshalb absurd. Vielmehr gehöre zur Wahrheit, dass alle zehn Punkte von der Union seit vielen Monaten gefordert worden sind. „Es gibt seit Oktober vergangenen Jahres sogar fertige Gesetzentwürfe“, so Mayer. Doch leider seien diese daran gescheitert, dass sich der Koalitionspartner SPD dem nicht anschließen wollte.

Im Detail gehe es dabei um einen eigenen Haftgrund für Gefährder oder um die Verlängerung des Ausreisegewahrsams. Auch forderte die Union und speziell die CSU-Landesgruppe bereits seit längerem ein härteres Vorgehen gegen Personen, die ihre Identität verschleiern und bei ihrer Identitätsfeststellung nicht



mitwirken – so wie es der Täter vom Breitscheidplatz tat. Bereits 2016 hatte die CSU-Landesgruppe auf ihrer Klausurtagung beschlossen, verurteilte Gefährder rund um die Uhr mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel zu überwachen. Außerdem will sie Transitzentren einrichten, in denen die Identität der Flüchtlinge geprüft wird.

Besserer europäischer Datenaustausch gefordert

Erhebliche Defizite, so betonte Mayer in seiner Rede, gebe es beim europäischen Datenaustausch. Hier benötige es dringend Verbesserungen. Dies mahnte auch Lammert in seinen Gedenkworten an. Der weltweiten Terrorgefahr könne man nur gemeinsam entgegentreten. „Und deshalb müssen wir endlich zu einer effektiven sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus kommen“, so Lammert. Er ergänzte: „Die freie Gesellschaft ist nicht ohnmächtig, auch sie kann und muss sich wehren.“

Bericht zur Entwicklung der ländlichen Räume

Ländliche Regionen stärken



© picture alliance/chromorange

Passend zur Eröffnung der Grünen Woche am Donnerstag in Berlin beschäftigten sich auch die Bundestagsabgeordneten im Plenum mit der Land- und Ernährungswirtschaft und den ländlichen Regionen. 90 Prozent der Fläche in Deutschland sind ländliche Räume. Hier lebt die Hälfte aller Einwohner und hier befinden sich Zweidrittel aller Arbeitsplätze. Deutlich wurde: Ländliche Regionen sind unsere Quelle für Lebensmittel, Energie und Erholung.

„Die ländliche Entwicklung muss in die Mitte der Gesellschaft gestellt werden“, erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zu Beginn der Debatte. Er stellte hierzu den zweiten Bericht der Bundesregierung vor. In den ländlichen Räumen wachsen unsere Nahrungsmittel, dort wird die erneuerbare Energie erzeugt, dort erholen sich die Menschen. Auch der überwiegende Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, des Handwerks und des verarbeitenden Gewerbes ist „auf dem Land“ beheimatet. Ziel der Unionsfraktion ist es, vitale und attraktive ländliche Regionen zu erhalten und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen.

Dabei komme insbesondere einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu, so die agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe, Marlene Mortler: „Landwirtschaft ist nicht gleich ländlicher Raum, aber ohne eine erfolgreiche Land- und Ernährungsbranche sind vitale ländliche Räume nicht vorstellbar.“ Die Landwirtschaftspolitik sei die Wirtschaftspolitik des ländlichen Raums.

Deutlich wird in dem Bericht auch: „Den“ ländlichen Raum gibt es nicht. Die regionalen Unterschiede erfordern im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland weiterhin ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern. So hat die unionsgeführte Bundesregierung die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) in dieser Legislaturperiode bereits finanziell gestärkt und um Möglichkeiten zur Unterstützung der Infrastruktur von ländlichen Regionen erweitert. Minister Schmidt hat daneben ein „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ aufgelegt, um passgenaue Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen der ländlichen Regionen zu ermöglichen. Zudem hat er ein Informationsportal freigeschaltet, das die Vielfalt ländlicher Regionen sichtbar macht, mit interaktiven Karten detailliert Auskunft über die Lage in Gemeinden und Landkreisen gibt und darüber informiert, welche Fördermöglichkeiten bestehen. Es ist unter www.Zukunft.Land abrufbar.

Auch will Schmidt die Aktivitäten der Bundesregierung in den ländlichen Räumen besser koordinieren. Er hat dazu in seinem Ministerium eine eigenständige Abteilung eingerichtet und versteht dies als Grundlage für ein zukünftiges Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume.

Arbeitsprogramm 2017

„Die Europäische Union ist keine Bedrohung“



© picture alliance/dpa

Die Europäische Union biete einen Mehrwert: Es sei wichtig, dass die Bürger dies verstehen, unterstreicht Hans-Peter Friedrich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Europapolitik, im Interview. Am Freitag debattierte der Deutsche Bundestag über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017. Dabei wurde deutlich: Europa steht vor großen Herausforderungen.

Herr Friedrich, am Freitag stand das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Was sind denn die Schwerpunkte?

Aus meiner Sicht sind die wichtigsten Schwerpunkte eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die innere Sicherheit, natürlich die Terrorbekämpfung, das Thema Migration, eine Energieunion und, ganz wichtig, die Digitalisierung - ein großes und europäisches Thema.



© Henning Schacht

Jetzt steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen: Der Brexit kommt, die Flüchtlinge kamen und die Nationalisten sind vielerorts auf dem Vormarsch. Wie sehen Sie denn die Zukunft der Europäischen Union?

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Europa verstehen, dass die Europäische Union für sie keine Bedrohung, sondern ein Mehrwert ist. Das heißt aber, dass die Europäische Union sich auf die Themen beschränken muss, bei denen offenkundig ist, dass sie nur europäisch gelöst werden können. Alle anderen Themen müssen

auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden.

Das Arbeitsprogramm trägt den Titel „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Aber wie? Was müssen wir tun, um die Europäische Union zukunftsfest zu machen?

Das Wichtigste ist, dass wir das Thema Subsidiarität ernst nehmen müssen. Das bedeutet, dass alle Dinge, die nah am Bürger entschieden werden können, dort auch entschieden werden müssen. Auf europäischer Ebene sollten wir uns auf die großen Themen konzentrieren. Dabei spielt natürlich das Thema Verteidigung die zentrale Rolle. Wir müssen in dieser Frage weiterkommen, gerade jetzt, wo auch von Seiten der Amerikaner signalisiert wird, dass Verteidigung ein Thema ist, um das wir uns selbst zu kümmern haben. Wir müssen aber auch das Thema Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Aber wie gesagt, das Entscheidende ist, dass die Bürgerinnen und Bürger immer wissen müssen, dass sie es letztendlich sind, in deren Interesse entschieden wird.

Kommentar zum Bericht des Wehrbeauftragten

Wir investieren massiv in unsere Sicherheit



© picture alliance/dpa

2016 war das Jahr der Entscheidungen – das wird im Jahresbericht des Wehrbeauftragten deutlich, der am Freitag Thema im Bundestag war. Nach vielen Jahren des Sparens ist der Verteidigungshaushalt erhöht worden, Personal und Material wurden deutlich aufgestockt. In seinem Kommentar führt Florian Hahn, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, aus, dass 2017 nun das Jahr der Umsetzung werden muss.

von FLORIAN HAHN

Unsere Empfehlungen Anfang 2016 bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth waren klar: Mehr Etat, bessere Ausstattung und mehr Personal – 2016 sollte für die Bundeswehr das Jahr der Entscheidung werden! Neue sicherheitspolitische Herausforderungen, das Verschmelzen von Innen- und Außenpolitik in vielen Bereichen und damit einhergehende wachsende Einsatzfelder der Streitkräfte, aber auch bestehende Missstände hatten zu diesem Imperativ geführt.



© Henning Schacht

Ähnlich deutlich formulierte es der Jahresbericht des Wehrbeauftragten im Januar 2016: Ein „Wendejahr“ sei erforderlich. Rückblickend zeigen die Entscheidungen des vergangenen Jahres, dass die Handlungsnotwendigkeit erkannt und wir mit den Trendwenden Finanzen, Personal und Material deutliche Akzente gesetzt haben. Nach vielen Jahren des Sparens wurde der Verteidigungshaushalt um 2,7 Milliarden Euro auf insgesamt 36,6 Milliarden Euro erhöht. Damit reagieren wir entschieden auf die dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage und machen deutlich: Wir investieren massiv in unsere Sicherheit. Ein weiteres

Signal war der Entschluss, den über 25-jährigen Prozess des Personalabbaus zu stoppen. Künftig heißt es: Statt starrer Obergrenzen soll bedarfsorientiert eingestellt werden. Bis 2023 sollen 14.300 neue Stellen entstehen, daneben werden Themen wie Personalgewinnung, Ausgestaltung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bis hin zu Laufbahnfragen klar angegangen. Die Bundeswehr muss auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben!

Letztlich entscheidet aber vor allem die Ausrüstung über die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Die Trendwende „Material“ mit der Ankündigung, 130 Milliarden Euro bis 2030 in militärisches Gerät zu investieren, war daher überfällig und von der CSU seit langem angemahnt. Nur mit einer strukturgerechten und bedarfsorientierten Vollaussstattung werden wir den aktuellen Aufgaben gerecht. Für die nächsten Monate gilt daher: Wenn 2016 das Jahr der Entscheidungen war, dann muss 2017 das Jahr der umfassenden Umsetzung werden.



Wirtschaftsgespräch zu Umverteilung und Ungleichheit

Wie ungleich geht es in Deutschland eigentlich tatsächlich zu? Und führt mehr Umverteilung zu weniger Ungleichheit? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am vergangenen Mittwoch in Berlin. Einigkeit bestand darin, dass man neben der messbaren auch die gefühlte Ungleichheit mit berücksichtigen müsse. Es gehe um das Gefühl, „abgehängt“ zu sein. Ebenfalls Thema: die Einkommensverteilung, Folgen der Niedrigzinsphase sowie Bildungschancen. Alexander Radwan (CSU) schloss mit einem Appell des „Vaters“ der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard: „Maß halten“.

Gegen Hass im Netz

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb möchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion härter gegen Hasskommentare, Falschmeldungen und sogenannte Social Bots in den sozialen Netzwerken vorgehen. Am Mittwoch lud die Unionsfraktion deshalb zu einem Fachgespräch mit Betroffenen, Juristen und Vertretern von Netzwerken. Dabei machte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder klar: Was in der analogen Welt verboten ist, müsse auch in der digitalen Welt verboten sein. Hans-Jörg Durz (CSU) ergänzte, dass es vor allem auch zum Schutz für Ehrenamtler und Lokalpolitiker wichtig sei, dem Hass im Netz einen Riegel vorzuschieben.



Zukunft der transatlantischen Beziehungen



Zwei Tage vor der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Donald Trump hat die Unionsfraktion mit hochrangigen Vertretern aus den USA und Deutschland über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen diskutiert. Auf der Veranstaltung in Berlin sagte der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Stephen J. Hadley eine „lange und holprige Übergangsphase“ der neuen US-Administration voraus. Er empfahl eine zügige Kontaktaufnahme, denn die politische Unerfahrenheit vieler Kabinettsmitglieder biete für deutsche und europäische Politiker die Chance der Einflussnahme. Florian Hahn, außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, warb dafür, mehr Verantwortung in der NATO zu übernehmen und die eigenen Instrumente zu stärken, um Europa gemeinsam verteidigen zu können.

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

E-Mail: bab@dcdcsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Pleyer Landshut

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.